

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Donnerstag (Nachmittag), 3. Dezember 2020 / Jeudi après-midi, 3 décembre 2020

Direktion für Inneres und Justiz / Direction de l'intérieur et de la justice

97 2020.RRGR.104 Motion 082-2020 Amstutz (Sigriswil, SVP)
Aufhebung des Aufnahmestopps beim Campingplatz Fanel
Richtlinienmotion

97 2020.RRGR.104 Motion 082-2020 Amstutz (Sigriswil, UDC)
Abroger l'interdiction d'accueillir de nouveaux locataires au camping de Champion
Motion ayant valeur de directive

Präsident. Traktandum 97, eine Richtlinienmotion von Grossrätin Amstutz: «Aufhebung des Aufnahmestopps beim Campingplatz Fanel Richtlinienmotion Fanel». Ich gebe das Wort der Motionärin, Grossrätin Amstutz. Wir sind in der reduzierten Debatte.

Madeleine Amstutz, Sigriswil (SVP). Meine Motion will die Aufhebung des Aufnahmestopps beim Campingplatz Fanel. Am 12. März 2020 haben wir – damals das letzte Geschäft vor dem Lockdown im Rathaus – mit 79 Ja- gegen 61 Nein-Stimmen beschlossen (*M 122-2019*), dass die Regierung alles unternehmen soll, damit der Campingplatz des Touring Clubs Schweiz (TCS) auch nach dem Jahr 2024 weiterbetrieben wird. Ein Campingplatz, den es seit über 60 Jahren gibt und der wirtschaftlich betrieben wird, soll nicht aus Naturschutzgründen *nicht* betrieben werden – gerade in Zeiten, in denen es wichtiger wird, in der Schweiz Ferien zu machen und wir kein Übermass an Campingplätzen haben.

Hier geht es aber nicht *darum*. Bei dieser Motion geht es einzig darum, dass der Campingplatz bis im Jahr 2024, – bis zu dem er so oder so sicher noch offen ist – normal betrieben werden kann. Dieser Aufnahmestopp ist absolut unverständlich. Warum dürfen die Camper nicht auf einen Platz, der offen ist? Alle Saisonmieterinnen und -mieter, die bis ins Jahr 2024 campen wollen, sollen dies dürfen und sollen auch informiert werden darüber, was läuft. Es ist aber ja heute schon sicher, dass bis ins Jahr 2024 offen ist.

Es gibt auch Saisoncamper, die den Platz ihrer Tochter oder ihrem Sohn weitergeben oder die ihn in tragischen Fällen – bei Todesfällen – übernehmen möchten, was nach der jetzigen Regelung aber nicht möglich ist. Warum soll ein Campingplatz, der offen ist und dessen ganze Infrastruktur vorhanden ist, nicht wirtschaftlich und eigenständig betrieben werden? Ich habe auch noch eine Interpellation mit Fragen eingegeben. Es ist wirklich auch eine wirtschaftliche Frage. Dieser Campingplatz soll florieren können, solange er offen ist.

Ich danke hier der Regierung für die Beantwortung, gehe hier aber nicht auf die einzelnen Fragen ein. (*Der Präsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.*) Wie gesagt, solange dieser Campingplatz offen ist, soll er betrieben werden können, und darum bitte ich um Annahme der Motion, damit bis im Jahr 2024 dort campiert werden kann.

Präsident. Der Sprecher für die EVP-Fraktion ist Grossrat Markus Wenger.

Markus Wenger, Spiez (EVP). Die EVP-Fraktion hat durchaus Verständnis für die Anliegen von Madeleine Amstutz. Wenn man einen Betrieb führt und die Kunden zunehmend nicht mehr kommen dürfen, wird es wirtschaftlich schwierig. Wir sind aber der Überzeugung, dass der Grosse Rat die falsche Adresse dafür ist. Es gibt eine Vereinbarung, in der die Schliessung dieses Zeltplatzes und die Modalitäten, die dazu führen, festgehalten sind. Diese Vereinbarung hat nicht der Grosse Rat unterschrieben. Teil dieses Agreements sind verschiedene Partner. Sie sind diejenigen, die allfällige Änderungen oder Ausnahmen aushandeln müssen.

Wir halten daran fest, dass man Beschlüsse und Vereinbarungen, die der Kanton Bern rechtsgültig unterschrieben hat, nicht über den Grossen Rat nachträglich übersteuert. Darum wird die EVP-Fraktion hier ablehnen.

Stefan Jordi, Bern (SP). Als ich diese Motion las, staunte ich schon ein wenig, dass jetzt noch einmal eine Motion kommt, obschon wir schon im Frühling darüber debattiert haben. Ich weiss nicht, wie das Rechtsverständnis bei den Leuten ist, die diese Vereinbarung unterzeichnet haben und was es heisst, wenn man Verträge abschliesst. Es ist vermutlich nicht bei allen das genau Gleiche. Wir haben bereits klipp und klar aufgezeigt erhalten, was es heisst.

Nach diesem Vertrag zwischen dem TCS, den Umweltverbänden und dem Kanton ist die Aufnahme neuer Saisonmieter bereits seit 2019 nicht mehr möglich. Die bestehenden Mieter dürfen aber bis im Jahr 2024 bleiben, anstatt dass sie schon im Jahr 2018 ausziehen mussten. Sie können also sechs Jahre länger bleiben. Ich weiss jetzt nicht, liebe Madeleine Amstutz, was es noch alles mehr braucht, als die Rechtslage, die klipp und klar auf dem Tisch liegt. Es braucht vielleicht noch eine dritte Antwort des Regierungsrates, weil ja – wie angekündigt – bereits eine dritte Motion zu den Kosten in der Pipeline ist. Ich weiss nicht, was es hier noch alles braucht.

Ich sagte es schon im Frühling: Klar ist es für die Camper und Camperinnen bedauerlich – und vielleicht auch für Madeleine Amstutz –, die dort nicht mehr Ferien machen können. Das ist schade. Das sehen wir auch ein. Es ist aber schweizweit ein einmaliges Naturschutzgebiet und auch das letzte in dieser Art, weshalb das Gesetz auch ganz klar sagt, was dort zu geschehen hat.

Was mich aber schon auch etwas fragwürdig stimmt, sind die Briefe dieser Camper und Camperinnen, die einen immer gehässigeren Ton haben und uns zugeschickt wurden. Man könnte auch einmal einen Schritt weiter gehen und es akzeptieren, so wie es ist. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion lehnt diese Motion selbstverständlich ab.

Sandra Schneider, Biel/Bienne (SVP). Madeleine Amstutz hat in ihren Ausführungen bereits detailliert dargelegt, wieso diese Motion angenommen werden sollte. Ich mache es darum kurz. Es ist absolut legitim, dass wir es heute hier diskutieren. Es ist noch nicht lange her, dass wir im Ratssaal über den Campingplatz Fanel und dessen Weiterführung diskutiert haben. Damals hat der Grosse Rat der Motion zugestimmt und sich für die vorläufige Weiterführung des beliebten Seeländer Campingplatzes nach dem Jahr 2024 ausgesprochen. Gerade als Seeländerin freute mich dies natürlich sehr, denn der Campingplatz in Gampelen ist einer der grössten und beliebtesten Campingplätze der Schweiz.

Gerade während der Coronaferien war er besucht wie in der Hochsaison. Jetzt haben wir aber immer noch ein Problem: Der Aufnahmestopp für neue Saisonmieter besteht leider noch immer und bedroht die Weiterführung des Campingplatz Fanel. Diesen Missstand können wir heute mit diesem Vorstoss beseitigen. Die SVP-Fraktion wird die Motion darum einstimmig annehmen, und wir danken Ihnen, wenn sie dies auch tun.

Julien Stocker, Biel/Bienne (glp). Die Motionärin fordert, der Aufnahmestopp für neue Saisonmieterinnen und -mieter auf dem Campingplatz Fanel sei aufzuheben, obwohl es keine rechtlichen Möglichkeiten gibt, diesen Campingplatz am bisherigen Standort zu legalisieren und der Kanton rechtlich verpflichtet ist, dieses Gelände in seinen ursprünglichen Zustand zurückzusetzen.

Für unsere Fraktion ist es absolut unverständlich, dass die Motionärin in der Angelegenheit Fanel einmal mehr versucht, Öl ins Feuer zu giessen, obwohl sich mittlerweile die Betreiber des Campingplatzes, die Naturschutzverbände und der Kanton einigen konnten und dies auch vertraglich festgehalten haben. Die Motionärin fordert also, dass der Kanton seine Vereinbarungen bricht. Das ist für uns ganz klar abzulehnen.

Ich möchte auch noch ganz kurz darauf hinweisen, dass in der Frühlingssession auch sehr viele Votanten, die diesem Vorstoss damals zustimmten, darauf hingewiesen haben, dass man – um die Situation zu entschärfen –, das Wachstum schon viel früher hätte beschränken müssen und keine neuen Plätze hätte vergeben sollen. Darum gehen wir auch davon aus, dass wir als Rat jetzt nicht das Gegenteil dessen beschliessen, was man in der Frühlingssession gepredigt hat. Ich sagte es schon in der Frühlingssession: Mir tun in dieser Angelegenheit vor allem die Camperinnen und Camper leid, weil man ihnen mit der Eingabe dieser Richtlinienmotion einmal mehr wieder vorgaukelt, dass es für den Weiterbetrieb an diesem Standort noch Hoffnung gibt, obwohl man genau weiss, dass der Regierung die Hände rechtlich gebunden sind.

Die Glp-Fraktion wird grossmehrheitlich gegen diese Motion stimmen.

Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, die Disziplin bis am Schluss aufrechtzuerhalten. Selbstverständlich ist es jedem und jeder freigestellt, ob er am Platz sitzen will oder nicht, aber in der Halle herrscht Maskenpflicht. Auch die Personen in der Wandelhalle bitte ich, die Maske zu montieren oder sich wieder an ihren Platz zu setzen.

Der nächste Sprecher ist Grossrat Christoph Grupp für die grüne Fraktion.

Christoph Grupp, Biel/Bienne (Grüne). Ich möchte hier einfach darum bitten, liebe Madeleine, es auch einmal zur Kenntnis zu nehmen, dass es ganz, ganz viele Leute im Seeland gibt, die froh und stolz sind, dass wir solche Naturwerte im Seeland haben und dass dies einer der wahrscheinlich am höchsten geschützten Quadratkilometer im ganzen Kanton ist, dass wir darüber froh sind und dass die Natur, die sich dort entfaltet, ringsherum – vor allem dort, wo der Schutzstatus gewährt ist und nicht ständig wieder verletzt wird. Auch darüber sind wir froh, und man soll jetzt einfach einmal akzeptieren, dass es künftig auch im Fanel vollumfänglich der Fall sein soll.

Was hier gemacht wird, ist einfach einmal mehr wieder der Versuch der Salamitaktik, um es auszuweiten. Es sollen neue Leute hinkommen, die dann wieder neue, darüber hinausgehende Ansprüche entwickeln und denen der Abschied dann einmal mehr schwerfällt. «Alles hat ein Ende, nur die Wurst hat zwei», sagt man. Aber jetzt ist fertig mit Salamitaktik, und beide Enden dieser Wurst sind jetzt einfach gekommen, auch wenn es einzelne Leute sehr schmerzen mag. Im Jahr 2024 ist fertig, und jetzt geht es einfach nicht darum, hier noch einmal neue Ansprüche zu platzieren.

Darum: Ablehnung der Motion, Abschreibung und alles fertig.

Präsident. War das ein Antrag auf Abschreibung?

Christoph Grupp, Biel/Bienne (Grüne). Ja.

Carlos Reinhard, Thun (FDP). Die FDP-Fraktion will keine Salamitaktik oder so. Wir sind überzeugt von der Entscheidung, dass er zugeht. Wir stimmen dieser Richtlinienmotion einfach zu, um ein Zeichen für das Fingerspitzengefühl zu setzen. Es wurde gesagt, wer die Vertragspartner sind. Man weiss auch, dass es so weit ist. Wir haben ein gewisses Verständnis dafür, weil es Situationen gibt ... Wenn jemand verstirbt und die Tochter – nur, weil sie nicht Vertragspartei dieses Saisonvertrages war – dann sofort abrechen muss statt vielleicht geordneter. Das hat nichts damit zu tun, dass man etwas mit Salamitaktik ändern oder einen Entscheid umwandeln wollte.

Aus diesen Gründen sagte die FDP-Fraktion, sie stimme grossmehrheitlich zu. Einige werden sich vielleicht enthalten oder vielleicht sogar ablehnen. Eigentlich geht es uns ums Fingerspitzengefühl in der Phase, die jetzt für die Auflösung dieses Campingplatzes kommt.

Präsident. Jetzt kommt wieder ein Fraktionssprecher, der möglicherweise auch eines der letzten Male an dieses Rednerpult kommt: Grossrat Etter für die BDP-Fraktion.

Jakob Etter, Treiten (BDP). Definitiv zum letzten Mal. «Wer etwas will, sucht einen Weg, wer nicht will, sucht Gründe.» Sie haben diesen Spruch heute auch in der Zeitung gelesen. Es ist eine Herzensangelegenheit für mich persönlich, aber auch für die Bevölkerung und die Camper und Camperinnen in dieser Region. Christoph Grupp: Es hat sehr, sehr viele Leute im Seeland, die stolz sind, dass wir so eine gute und gut funktionierende Tourismuseinrichtung haben wie diesen TCS-Campingplatz im Fanel. Seit mehr als 60 Jahren verbringen Leute wie du und ich dort ihr Wochenende, ihre Freizeit und ihre Ferien. Ein Verbot für neue Camper ist für die Bevölkerung nicht verständlich – umso weniger als nur wenige Kilometer von diesem Standort entfernt ausländische Camper den ganzen Sommer lang illegal auf einer Autobahnraststätte toleriert wurden und sogar noch fast eine Million Steuergelder investiert werden musste. Soll jemand erklären, wo da noch die Gerechtigkeit ist.

Hier werden Schweizer Camper vertrieben beziehungsweise neue Camper können ihre Freizeit nicht mehr dort verbringen. Wer soll denn an diesen Ersatzstandort, den die Regierung und die Gemeinde zur Verfügung stellen wollen, wenn die jetzigen vertrieben werden und keine neuen dort aufgenommen werden können? Es würde sich dort vielleicht auch lohnen – und dies geht an die Adresse der Justizdirektorin –, eine Begleitgruppe zu machen, damit man einmal zusammen reden und an den Tisch sitzen könnte, damit sich alle einmal äussern können, wie es bei anderen Vorhaben auch der Fall ist.

Die BDP-Fraktion nimmt diese Motion einstimmig an, und ich bitte Sie, dies auch zu tun. Damit habe ich definitiv mein letztes Votum gehalten. Ihnen allen: Vielen Dank für diese Zusammenarbeit! Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg in diesem Rat.

Präsident. Auch darauf kommen wir noch zurück. Besten Dank, Kobi. Die Regierungsrätin, Frau Allemann, hat das Wort.

Evi Allemann, Direktorin für Inneres und Justiz. Diese Motion basiert auf der Annahme, dass ein Weiterbetrieb des Campingplatzes möglich ist. Diese Annahme ist falsch. Ich konnte anlässlich der grossen Debatte, die wir im Frühling führten, darlegen, dass es verschiedene Gründe rechtlich nicht möglich machen, eine Verlängerung über das Jahr 2024 hinaus zu gewähren. Schon diesen Campingplatz in fast der heutigen Form weiter zu betreiben, ist nur deshalb möglich, weil es eine Vereinbarung zwischen den Umweltverbänden, dem TCS und dem Kanton Bern gibt. Diese Vereinbarung ist die heutige Grundlage dafür, dass wir geordnet zurückbauen können, aber auch dafür, dass wir die Camperinnen und Camper noch bis zum Jahr 2024 Zeit vor Ort verbringen lassen können. Das Gelände des Fanel ist einer der bestgeschütztesten Orte dieses Landes. Es ist ein eigentlicher Hotspot der Biodiversität. Gerade mehrere Schutzgebiete überlagern sich dort. In diesem Gebiet ist es rechtlich heute nicht mehr möglich, dauerhaft einen Campingplatz zu betreiben. Es gibt keine planungsrechtliche Grundlage für diesen Campingplatz. Das ist das Problem. Man hätte dort vor Jahren eine kommunale Campingplatz-Zone oder eine Zone für öffentliche Nutzung ausscheiden müssen. Vor Jahren wäre dies noch möglich gewesen. In der heutigen Landschaft ist es aufgrund der Schutzbestimmungen, die nach und nach dazugekommen sind und sich überlagern, nicht mehr möglich, eine Zone auszuscheiden, die die planungsrechtliche Grundlage für einen Weiterbetrieb bieten würde.

Darum gab es keine andere Lösung, als den Campingplatz entweder sofort zu schliessen oder mit denen, die zu Recht auf die Schutzbestimmungen hingewiesen hatten – einerseits dem Bundesamt für Umwelt BAFU und andererseits den Umweltverbänden – an einen Tisch zu sitzen, den TCS, der diesen Campingplatz betreibt, dazu zu nehmen und zu schauen, ob es einen gemeinsamen Nenner gibt. Die Umweltverbände hätten gerne gehabt, dass wir diesen Campingplatz sofort geschlossen hätten. Der Kanton hatte ein Interesse daran, einen geordneten Rückbau durchzuführen und keine Hauruck-Übung machen zu müssen, und der TCS hatte das Interesse, diesen Campingplatz noch möglichst lange betreiben zu können. Der gemeinsame Nenner wurde in dieser Vereinbarung festgehalten: Im Jahr 2024 endet die Zeit dieses Campingplatzes definitiv, und man traf gewisse Abmachungen dazu, wie man schon vorher zurückzufahren beginnt. Eine dieser Abmachungen ist, dass man keine neuen Saisonverträge mehr abschliesst.

Wenn man daran jetzt etwas ändern wollte, müsste man diese Vereinbarung abändern beziehungsweise kündigen. Das ist keine Option für die Berner Regierung. Wir sind nicht bereit, diesen Vertrag zu brechen, weil ein vertragsloser Zustand den Interessen aller Beteiligten – gerade auch den Interessen der Camperinnen und Campern – zuwiderlaufen würde.

Selbst mit einer Kündigung könnte der Campingplatz am Standort, an dem er jetzt ist, *nicht* legalisiert werden. Im Gegenteil würde auch der Weiterbetrieb bis Ende des Jahres 2024 infrage gestellt, da ihm die Grundlage entzogen würde. Damit wäre es – selbst beim Vertragsbruch durch den Kanton – höchst unwahrscheinlich, dass der TCS neue Saisonmieterinnen und -mieter zulassen könnte. Wir können davon ausgehen, dass die Herstellung des rechtmässigen Zustandes letztlich die Gerichte beschäftigen würde, wenn wir vertragsbrüchig werden würden.

Darum bitte ich Sie, diese Richtlinienmotion abzulehnen und möchte noch ein Wort zum von Grossrat Reinhard erwähnten Fingerspitzengefühl sagen: Es wäre der TCS, der es im von Ihnen beschriebenen, ganz spezifischen Fall an den Tag legen müsste. Ich glaube, es wäre wohl gut, es dort zu deponieren. Sicher würde nichts dagegensprechen, es ist aber – meines Erachtens – überhaupt kein Grund, neue Saisonmieter aufzunehmen, so wie dies die Motionärin verlangt. Neue Verträge mit neuen Leuten abzuschliessen, würde ganz klar der Vereinbarung zuwiderlaufen und ist nicht im Bereich des Spielraumes, den Sie erwähnt haben. Dieses Fingerspitzengefühl haben wir ja bereits bei der Erarbeitung dieser Vereinbarung unter Beweis gestellt. Es war eine schwierige Ausgangslage, um die Interessen des TCS und der Umweltverbände unter einem Dach auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Es war schon ein riesiger Durchbruch, dass dies gelungen ist und hat jetzt dazu geführt, dass man länger an diesem Platz campieren darf und gleichzeitig geordnet zurückbauen kann, um an diesem Ort eine gute, renaturierte Situation zu schaffen. Es wird auch künftig einen Steg in den See hinaus geben, eine Badestelle und eine gewisse Infrastruktur, wie eine WC-

Anlage und eine Buvette, die man in der Saison betreiben kann. Eine Situation also, die für die lokale Bevölkerung auch einen Wert hat. Ich bitte Sie also, diese Richtlinienmotion abzulehnen.

Präsident. Damit kommen wir zur Beschlussfassung über die Annahme oder Ablehnung der Richtlinienmotion und im Falle der Annahme dann auch noch über die Abschreibung. Wer diese Richtlinienmotion annehmen will, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.104)

Vote (2020.RRGR.104)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 72

Nein / Non 57

Enthalten / Abstentions 8

Präsident. Sie haben diese Richtlinienmotion angenommen, mit 72 Ja- bei 57 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen. Es wurde Abschreibung beantragt. Wir müssen schnell warten. Kurz vor der Ziellinie. (*Kurze Pause / Courte pause*) Wir sind so weit. Wer die Abschreibung dieser Richtlinienmotion will, stimmt Ja, wer gegen die Abschreibung ist, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.104; Abschreibung)

Vote (2020.RRGR.104 ; classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 60

Nein / Non 71

Enthalten / Abstentions 6

Präsident. Sie haben die Abschreibung abgelehnt, mit 71 Nein- gegenüber 60 Ja-Stimmen bei 6 Enthaltungen.

Damit sind wir am Ende der Geschäfte der Direktion für Inneres und Justiz. Ich danke Frau Regierungsrätin und ihren Mitarbeitenden bestens für die Vorbereitung, Durchführung und Begleitung ihrer Geschäfte. Ich wünsche Ihnen weiterhin alles Gute, ein gutes Jahresende und bis bald. Auf Wiedersehen.